

Winfried Dolderer

Abschied vom Nationalstaat. Die Jahre von 1950 bis 1970 als Transformationsperiode in der belgischen Geschichte

IM JANUAR 1952 begegnete ein deutscher Diplomat dem damaligen argentinischen Generalkonsul in Antwerpen, der ihn mit seiner Sorge um die Zukunft seines Gastlandes vertraut machte: Für Belgien sei die Integration in supranationale Organisationen – im Fokus stand in den Jahren des Korea-Krieges das Thema einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft¹ – ein ernsteres Problem als für »homogene« Staaten. Die unitäre Verwaltungsstruktur, das Königshaus und die Armee seien die Klammern zwischen der flämischen und der wallonischen Bevölkerungsgruppe. Würden die Befugnisse des Königs eingeschränkt und ginge die Armee in einem größeren Verband auf, so könnte dies zu einer Krise des belgischen Staates führen.²

Es fehlte also schon in der frühen Nachkriegszeit nicht an dunklen Ahnungen hinsichtlich der Zukunft Belgiens. Sie waren unter außenstehenden Betrachtern allerdings zu dieser Zeit keineswegs vorherrschend. In der erst seit wenigen Jahren erneut etablierten deutschen Botschaft in Brüssel bestand beispielsweise die Ansicht, dass der flämisch-wallonische Dualismus anders als in der Zwischenkriegszeit als Faktor der Destabilisierung Belgiens keine Brisanz mehr besaß. Zumindest die Flamen seien an einer »föderalistischen Revision der Staatsstruktur« nicht mehr interessiert, da ihnen angesichts ihres demographischen Übergewichts und ihrer wachsenden Bevölkerungszahl »in einer berechenbaren und bereits errechneten Zukunft das Ganze des belgischen Staates ohnehin zufallen könnte«³, hieß es im April 1953.

Gut anderthalb Jahre später wurde diese Einschätzung in einem ausführlichen Botschaftsbericht über »Die Sprachenfrage in Belgien« bekräftigt. Die überwältigende Mehrheit der flämischen Bürger betrachte aus Überzeugung den belgischen Staat als Grundlage einer gesicherten Existenz ihres »Volkstums« und stehe zu den traditionellen gesamtbelgischen Parteien. Dies sei nicht zuletzt die Lehre aus den Erfahrungen mit der deutschen »völkisch« orientierten sogenannten »Flamenpoli-

1 Vgl. u. a. P.H. SPAAK, *Combats inachevés. De l'espoir aux déceptions*, Paris 1969, S. 43 und 60.

2 Vgl. POLITISCHES ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTES BERLIN (PAB), B 11/66: *Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland an AA*, Luxemburg 25.01.1952.

3 PAB, B 11/67: *Botschaft an AA*, Brüssel 24.04.1953.

tik« zweier Weltkriege. Die Schlussfolgerung könne daher nur lauten, dass es für Deutschland kein wallonisches oder flämisches Problem geben dürfe.⁴

So zutreffend solche Beobachtungen damals gewesen sein mochten, so gering war doch, wie sich aus rund sechs Jahrzehnten Zeitabstand erweist, ihr prognostischer Wert. In der Rückschau erscheint vielmehr die Frage berechtigt, ob es einen Staat in Europa westlich des ehemaligen Eisernen Vorhanges gibt, der nach dem Zweiten Weltkrieg eine fundamentalere Transformation als Belgien durchlaufen hat. Die Frage mag auf den ersten Blick verwundern, hat doch die innenpolitische Entwicklung Belgiens in all diesen Jahrzehnten außerhalb der eigenen Landesgrenzen kaum großes Aufsehen erregt. Die Antwort hängt auch davon ab, welches Gewicht man den europäischen Vergleichsfällen zumisst, beispielsweise der Ablösung der Vierten durch die Fünfte Republik 1958 in Frankreich, dem Übergang von autoritären Regimen zu einer freiheitlichen Ordnung in den Ländern der iberischen Halbinsel in den 1970er Jahren oder dem Kollaps des nach dem Krieg etablierten Parteiensystems zu Beginn der 1990er Jahre in Italien.

Einen demokratischen Umbruch wie in Spanien oder Portugal verzeichnen die Nachkriegsannalen Belgiens in der Tat nicht. Einen vergleichbar dramatischen Wandel des Parteiensystems wie in Italien allerdings durchaus. Er ereignete sich in zwei Schüben: in struktureller Hinsicht in den 1970er Jahren, als sich die traditionellen nationalen Parteien der Christdemokraten, Liberalen und Sozialisten auf regionaler Basis reorganisierten – im europäischen Kontext ein absoluter Sonderfall –, in inhaltlich-programmatischer Hinsicht in den Jahren um 2000, als im Gefolge der Dutroux-Affäre die etablierten Parteien in eine massive Identitätskrise gerieten.⁵

Vor allem aber erlebte Belgien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Wandel vom Nationalstaat zu einem von nach wie vor ungebremster zentrifugaler Dynamik charakterisierten föderativen System, verbunden mit einer weitgehenden Umschichtung hergebrachter Loyalitäten. Als Raum politischer und gesellschaftlicher Kommunikation ist der Nationalstaat in Belgien kaum noch existent.

Die Jahre 1950 bis 1970 waren die Periode, in der die Weichen für diese Entwicklung gestellt wurden. An ihrem Beginn steht mit dem Thronverzicht Leopolds III. zugunsten seines Sohnes Baudouin die Beilegung der »Königskrise« und die Stabilisierung der Monarchie als eines der tragenden Pfeiler des hergebrachten belgischen Staates. Am Ende dieser Periode steht eine Verfassungsreform, die mit der Zuerkennung der Kulturautonomie an die Sprachgemeinschaften den Weg in die föderale Umstrukturierung ebnete und die zugleich mit der Einführung doppelter Mehrheiten für verfassungsändernde Entscheidungen im nationalen Parlament das Eingeständnis enthielt, dass Belgien allenfalls noch als Nationalitäten-

4 Vgl. PAB, B 11/67: *Botschaft an AA*, Brüssel 16.12.1955, vor allem S. 21–23.

5 Zu den Wirkungen der Affäre auf Gesellschaft und Politik Belgiens siehe: D. SCHÜMER, *Die Kinderfänger. Ein belgisches Drama von europäischer Dimension*, Berlin 1997.

staat, nicht mehr jedoch als Nationalstaat traditionellen europäischen Zuschnitts funktionierte.⁶

Zwischen diesen beiden Eckdaten 1950 und 1970 ereignete sich eine Abfolge innenpolitischer Konflikte, die sich jeweils zu veritablen Staatskrisen auswuchsen: der Schulstreit zwischen Katholiken und Laizisten in den 1950er Jahren; im Winter 1960/61 eine revolutionäre Streikbewegung in Wallonien; zu Beginn der 1960er Jahre die von flämischen Massendemonstrationen begleitete Auseinandersetzung um die Festlegung der Grenze zwischen den Sprachgebieten; schließlich der 1968 kulminierende Streit um die Universität Löwen. Das chaotische Ende der Kolonialherrschaft über den Kongo reicht in die Sphäre der internationalen Politik hinein, berührte freilich die interne Verfasstheit Belgiens insofern, als damit ein identitätsstiftendes nationales Projekt allerersten Ranges verlorenging.

Der Schulstreit zwischen Katholiken und Laizisten

Dem Löwener Soziologen Luc Huyse verdanken wir den Hinweis auf die scharfe mehrfache Segmentierung der belgischen Gesellschaft als historische Konstante seit 1830.⁷ Huyse identifiziert drei gesellschaftliche Bruchlinien als Ursachen periodisch wiederkehrender innenpolitischer Erschütterungen: erstens den weltanschaulichen Gegensatz zwischen Katholiken und Laizisten, zweitens den sozialökonomischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und drittens die Konfrontation zwischen den niederländisch und französisch sprechenden Bevölkerungsgruppen. Für Huyse gilt die Regel: Ein Konflikt bleibt politisch beherrschbar, solange er nur entlang einer dieser Bruchlinien ausgetragen wird. Er kann zur Staatskrise eskalieren, sobald sich zwei oder gar alle drei überlagern.

Gemessen an diesen Kriterien war der Schulstreit der 1950er Jahre ein weltanschaulicher Konflikt traditionellen Zuschnitts.⁸ Umkämpft war die Verteilung finanzieller Ressourcen zwischen dem staatlichen und dem in Belgien etwa gleich starken katholischen Schulwesen. In der ersten Phase rebellierten die Laizisten gegen eine christdemokratische Regierung, die weiterführende Schulen in kirchlicher Trägerschaft durch staatliche Zuschüsse deutlich besser stellte als zuvor, um ihre finanzielle Ausstattung der nach dem Krieg massiv gestiegenen Nachfrage anzugleichen. In der zweiten Phase empörten sich seit 1954 die Katholiken gegen ein sozialistisch-liberales Kabinett, das als erste bildungspolitische Maßnahme 110

6 Für das Folgende siehe: T. LUYCKX, *Politieke geschiedenis van België*. Amsterdam/Brüssel 1973, S. 432–520; E. WITTE/J. CRAEYBECKX, *Politieke geschiedenis van België sinds 1830. Spanningen in een burgerlijke democratie*, Antwerpen 1983, vor allem S. 233–235, 290f., 327–333; 358–366 und 387–430.

7 Vgl. L. HUYSE, *De gewapende vrede. Politiek in België tussen 1945 en 1980*, Leuven 1980, S. 13, 16, 23f. und 53.

8 Für das Folgende siehe: HUYSE (wie Anm. 7), S. 33f. und 36–40; A. DU ROY, *La guerre des Belges*, Paris 1968, S. 94–102.

Absolventen kirchlicher Hochschulen aus dem staatlichen Schuldienst entfernte und die Zuschüsse für den katholischen Bildungssektor wieder drastisch kürzte.

Acht Jahre lang verharrte Belgien im Zustand eines weltanschaulichen Bürgerkrieges. Die Kirchtürme namentlich in Flandern waren mit schwarzem Trauerflor beflaggt. Es kam zu drei katholischen Massenkundgebungen mit jeweils bis zu 250.000 Teilnehmern. Eine katholische Petition erzielte zwei Millionen Unterschriften. Im Kern ging es um die Frage, ob der Staat überhaupt eine originäre Kompetenz für das Bildungswesen besaß, was die Katholiken bestritten, oder ob es sich hier nicht um eine im Prinzip gesellschaftliche Domäne handelte. In der Auseinandersetzung der 1950er Jahre flammte dieser alte Konflikt ein letztes Mal auf. Der »Schulpakt«, auf den sich die Kombattanten Ende 1958 schließlich einigten, erwies sich dann als definitiver Friedensschluss.

Wichtig für das Verständnis des weiteren Entwicklungsgangs ist der Umstand, dass die weltanschauliche Segmentierung der Gesellschaft zugleich die Wirkung einer Klammer zwischen den Volksgruppen hatte, die den Zerfall Belgiens entlang der Sprachgrenze aufhielt.⁹

Im Schulkampf standen flämische und frankophone Christdemokraten ebenso wie flämische und frankophone Sozialisten und Liberale im Zeichen gemeinsamer Feindbilder zusammen. Auf der einen Seite war es das staatliche Schulwesen, das als atheistische Propagandazentrale denunziert, auf der anderen das katholische, das als Brutstätte des Obskurantismus perhorresziert wurde. In dem Maße, in dem unter dem Regime des Schulpakts der weltanschauliche Gegensatz an Schärfe verlor, büßten auch die über die Sprachgrenze hinweg wirkenden Kohäsionskräfte an Effekt ein.

Der Generalstreik 1960/61

Aus dem von Huyse diagnostizierten sozialökonomischen Konfliktschema resultierte – so konnte es jedenfalls auf den ersten Blick erscheinen – der wilde Generalstreik, der Belgien um die Jahreswende 1960/61 erschütterte.¹⁰ Auslöser war ein Programm der christdemokratisch-liberalen Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Gaston Eyskens zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, das in klassischer Weise Steuererhöhungen mit dem Abbau von Sozialleistungen kombinierte. Als am 20. Dezember 1960 das Parlament den Entwurf in erster Lesung behandelte, kam es im Raum Lüttich zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Innerhalb einer Woche wuchs die Zahl der Streikenden von anfangs 33.000 auf 318.000. Bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es vier Tote. Das Weihnachtsfest verbrachten die Brüsseler bei Kerzenschein, weil der Strom abgeschaltet war. An strategischen Punkten der Hauptstadt war Militär in Stellung gegangen.

⁹ Darauf verweist HUYSE (wie Anm. 7), S. 60.

¹⁰ Zum Folgenden siehe: DU ROY (wie Anm. 8), S. 115–127; HUYSE (wie Anm. 7), S. 50f.

Denkwürdig ist der Winterstreik gleichwohl aus einem anderen Grund: Er spielte sich ganz überwiegend in Wallonien ab. Die flämischen Gewerkschaften und Arbeiter zogen nicht mit. Es ging eben nicht in erster Linie um ein ephemeres Sparprogramm. Die eigentliche Quelle des Unbehagens war die um 1960 unübersehbar gewordene Verschiebung des ökonomischen Kräfteverhältnisses zwischen den belgischen Regionen: Stark expandierende Beschäftigtenzahlen und Wachstumsraten in Flandern, dramatische Schrumpfung in Wallonien. Hier sank zwischen 1948 und 1959 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 68.000, während sie in Flandern um 73.000 und in Brüssel um 41.000 zunahm. In den folgenden fünf Jahren verzeichnete Wallonien einen spärlichen Zuwachs um 14.000, verglichen mit 90.000 in Brüssel und 153.000 in Flandern. Das Wirtschaftswachstum war mit 1,4 Prozent im Jahresdurchschnitt des Zeitraums von 1955 bis 1962 in Wallonien weniger als halb so hoch wie mit 3,4 Prozent in Flandern.¹¹

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Heftigkeit der unversehens aufflammenden Streikbewegung im Winter 1960/61 ebenso wie der Umstand, dass diese zum Ausgangspunkt einer sozialökonomisch akzentuierten wallonischen Autonomiebewegung wurde. »Für den wirtschaftlichen Aufschwung und den Wohlstand Walloniens sind von nun an die politischen Strukturen des Landes ein Problem«, erklärte am 2. Januar eine wallonische Delegiertenkonferenz der Sozialistischen Partei, während der Anführer des Winterstreiks, der wallonische Gewerkschaftschef André Renard, den sozialökonomischen Konflikt mit zusätzlicher weltanschaulicher Brisanz auflud: »Das wallonische Volk ist reif für die Schlacht. Wir wollen nicht, dass die flämischen Klerikalen uns die Gesetze aufzwingen.« In dem am 13. Januar 1961 im Parlament verabschiedeten Konsolidierungsprogramm der christlich-liberalen Regierung sah Renard »die Drohung eines Zwangs, ausgeübt mit Hilfe eines unitären Belgien durch ein klerikales, also konservatives, Flandern auf ein sozialistisches, also progressives Wallonien.«¹²

Der Streit um die Grenze der Sprachgebiete

Auf flämischer Seite ließ die im April 1958 eröffnete Brüsseler Weltausstellung nach langen Jahren die sprachpolitische Agitation wieder aufleben. Es ging darum zu verhindern, dass sich Belgien der Welt ein weiteres Mal als frankophones Land präsentierte. Einer der prominenten Wortführer der Kampagne, Wilfried Martens, entwarf allerdings vier Monate später in einer Rede auf der *IJzerbedevaart*, der traditionellen alljährlichen flämisch-nationalen Großkundgebung in Diksmuide, bereits ein viel weiter reichendes Programm. Als Prioritäten für die bevorstehenden zwei Jahre nannte Martens erstens die definitive Festlegung der Grenze zwischen

11 Vgl. Du Roy (wie Anm. 8), S. 132.

12 Alle Zitate stammen aus: Du Roy (wie Anm. 8), S. 126.

den Sprachgebieten, um die Gefahr einer schleichenden Französisierung flämischen Territoriums zu bannen, und zweitens die Schaffung autonomer politischer Strukturen für die Flamen in Belgien.¹³

Der eskalierende Machtkampf zwischen den Sprachgruppen wurde in der Tat zum beherrschenden Thema des gesamten folgenden Jahrzehnts. In Huyses Lesart überlagerten und verstärkten sich seit 1960 die drei traditionellen gesellschaftlichen Bruchlinien, die bis dahin als Faktoren politischer Konflikte abwechselnd in Erscheinung getreten waren, in einem einzigen Großkonflikt. Huyse spricht von einer »integralen Konfrontation« zweier Gesellschaftsmodelle, repräsentiert jeweils durch zwei geographisch getrennte Volksgruppen.¹⁴ Es ließe sich freilich geltend machen, dass zwei der von Huyse diagnostizierten Konfliktlinien in diesen Jahren ohnehin an Bedeutung verloren: Der weltanschauliche Gegensatz begann zu verblassen, und im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit stellte sich auch die soziale Frage weniger scharf konturiert als ehemals. Eine neue Konfliktkonstellation trat an die Stelle der herkömmlichen. Man könnte sie als die Konfrontation zweier antagonistischer nationaler Projekte bezeichnen.

Auf frankophonem Seite bestand das Bestreben, das traditionelle Belgien zumindest soweit zu konservieren, dass da, wo es den eigenen Bedürfnissen diene, die französische Sprache auch auf flämischem Gebiet einen legalen und legitimen Platz behielt. Dem stand auf flämischer Seite der Anspruch entgegen, innerhalb des belgischen Rahmens Raum zu schaffen für eine eigene politische Struktur, die wesentliche Elemente eines homogenen Nationalstaats aufwies. Als weiteres Projekt wäre vielleicht noch das Bestreben wallonischer Sozialisten und Gewerkschafter zu nennen, dem perhorreszierten »Brüsseler Zentralismus« die Instrumente einer eigenständigen Wirtschaftspolitik zu entreißen, das flämischen Autonomiewünschen zumindest nicht widersprach. Wallonische und frankophone Interessen sind in Belgien nicht durchweg deckungsgleich.

»Das Territorium ist gewissermaßen die Infrastruktur der Bundesländer Flandern und Wallonien«, formulierte Wilfried Martens Anfang Februar 1962 auf dem Antwerpener Kongress der *Vlaamse Volks-Beweging* (VVB), deren Pressechef er mittlerweile geworden war, um die Forderung nach Anerkennung Flanderns als »homogenes Kulturgebiet« zu begründen: »Nicht, weil der flämische Boden etwas Heiliges wäre, wohl aber, weil dieses Gebiet notwendig ist als Fundament, auf dem die flämische Gemeinschaft ihre eigenen Einrichtungen wirken lassen kann. Der Untergrabung der Kulturhomogenität des flämischen Landes muss resolut ein Ende gemacht werden.«¹⁵ Damit war die entscheidende, bis in die Gegenwart wirkende Konfliktlinie markiert.

Eine erste politische Konsequenz aus dem Anspruch, gewissermaßen eine flämische Nation auf einem fest umrissenen, kulturell homogenen Territorium zu

13 Vgl. W. MARTENS, *De memoires. Luctor et emergo*, Tielt 2006, S. 35–43.

14 Vgl. HUYSE (wie Anm. 7), S. 53.

15 Zitiert nach: MARTENS (wie Anm. 13), S. 50

etablieren, war die mit Beginn der 1960er Jahre einsetzende Kampagne für die definitive Festschreibung der Sprachgrenze. Bislang war dies noch nicht erfolgt. Seit 1932 hatte vielmehr die Regel gegolten, dass die Verwaltung einer Gemeinde sich der Sprache der jeweiligen Bevölkerungsmehrheit zu bedienen hatte, allerdings mit der Maßgabe, dass das lokale Kräfteverhältnis zwischen den Sprachgruppen in regelmäßigen Volkszählungen zu überprüfen und das Sprachregime dann gegebenenfalls auch zu revidieren war. Dazu war es zuletzt nach der Volkszählung von 1947 gekommen, als einige bis dahin niederländisch verwaltete Gemeinden an der Sprachgrenze und im Brüsseler Umland auf die frankophone Seite wechselten.¹⁶

Dies wurde in Flandern als traumatische Niederlage empfunden, und als 1960 die nächste reguläre Volkszählung hätte stattfinden sollen, weigerten sich hunderte flämischer Gemeindeverwaltungen daran mitzuwirken. Die Regierung Eyskens blies die Aktion daraufhin ab. Die folgende Regierung unter Théo Lefèvre trat 1961 mit dem Vorhaben an, eine definitive Lösung für das Sprachrenzproblem zu finden. Begleitet wurde sie dabei von einer flämischen Massenmobilisierung, die zweimal, im Oktober 1961 und Oktober 1962, in einen »Marsch auf Brüssel« mit jeweils mehreren zehntausend Teilnehmern resultierte. Im November 1962 verabschiedete das Parlament ein Gesetz über die Festlegung der Sprachgrenze, im Sommer des nächsten Jahres ein weiteres, das den zweisprachigen Status der Hauptstadt Brüssel regelte.

Der Konflikt um die Universität Löwen

In engem Zusammenhang mit der Festschreibung der Sprachgrenze stand der in den folgenden Jahren eskalierende Streit um die Universität Löwen. Seine Bedeutung für die weitere Entwicklung Belgiens ebenso wie der symbolische Gehalt dieser Auseinandersetzung für alle Beteiligten lassen sich schwerlich überschätzen. Die Löwener Krise hatte zur Folge, dass erstmals in der Geschichte Belgiens eine Regierung wegen einer Streitfrage zwischen Flamen und Frankophonen zu Fall kam. Sie barg den Keim für den Zerfall des belgischen Parteiensystems im Laufe des folgenden Jahrzehnts. Und sie führte, nicht von ungefähr im zeitlichen Umfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils, zu einer grundlegenden Neubestimmung des Verhältnisses zwischen katholischen Laien und kirchlicher Hierarchie in Flandern.

Die Löwener Universität bestand seit 1835 als einsprachig frankophone Hochschule in einer flämischen Stadt, ein Zustand, an dem sich ein knappes Jahrhundert lang nicht allzu viel änderte. Erst ab Mitte der 1930er Jahre entstanden, zunächst noch innerhalb einheitlicher Fakultäten, nach und nach niederländischsprachige Fachbereiche neben den frankophonen. Zu einem vorläufigen Abschluss kam dieser Prozess im Herbst 1963, als die Fakultäten selber geteilt wurden; sie existierten

16 Vgl. HUYSE (wie Anm. 7), S. 46 und 61; DU ROY (wie Anm. 8), S. 167 und 171–180; MARTENS (wie Anm. 13), S. 55f.

fortan in jeweils zweifacher frankophoner und niederländischsprachiger Gestalt, wenn auch noch unter dem Dach einer gemeinsamen Universität.¹⁷

Aus frankophoner Sicht hätte es dabei bleiben können. Auf flämischer Seite indes wurde die schiere Existenz einer auch frankophonen Hochschule in einer flämischen Stadt zunehmend als Anomalie empfunden und daher seit den frühen 1960er Jahren immer deutlicher der Wunsch artikuliert, die frankophonen Fakultäten nach Wallonien auszusiedeln. Dies erschien umso dringlicher, als vor dem Hintergrund der Debatte um die Festschreibung der Sprachgrenze Professoren und Verwaltungspersonal der frankophonen Sektion für die Stadt Löwen eine Ausnahme von der gesetzlichen Regel verlangten, die in Flandern das Niederländische als Sprache von Verwaltung und Bildungswesen vorschrieb.

Anfang März 1960 wollte der wallonische Christdemokrat und frühere belgische Ministerpräsident Jean Duvieusart in einer Rede auf Einladung der *Fédération Wallonne* in Löwen die Forderung nach einem zweisprachigen Status für die Universitätsstadt bekräftigen. Duvieusart kam nicht zu Wort. Mit dem Ruf »Wallonen raus!« sprengten flämische Demonstranten die Veranstaltung. Die frankophonen Teilnehmer versammelten sich anschließend auf der Freitreppe des gotischen Rathauses und stimmten die Marseillaise an.¹⁸

Zur Begründung ihrer Forderungen verwiesen frankophone Wortführer gerne auf den eminent »nationalen« Rang einer Hochschule, die die Tradition der 1425 gegründeten ältesten Universität der Niederlande fortsetzte, und um dessentwillen der Stadt Löwen in gleicher Weise wie der Hauptstadt Brüssel ein zweisprachiger Status gebühre.¹⁹

Bei der Sprachgrenzregelung im Herbst 1962 blieb der Wunsch zwar unberücksichtigt, doch damit hatte sich die Auseinandersetzung keineswegs erledigt. Sie spitzte sich nun auf die Frage zu, ob am Standort Löwen eine zweisprachige Hochschule erhalten bleiben sollte, die sich im Zuge der Debatte um die absehbar unausweichliche Erweiterung des Campus stellte. Das rasante Wachstum der Studentenzahlen ließ um die Mitte der 1960er Jahre den Plan entstehen, die Universität an drei Orten zu dislozieren, in Löwen selbst, in Brüssel sowie südlich der Sprachgrenze in der wallonischen Gemeinde Ottignies. Von einer »Dreieckslösung« war in diesem Zusammenhang die Rede.

Am 3. November 1965 veröffentlichte die Zeitschrift des frankophonen Studentenverbandes in Löwen ein Interview mit dem Ökonomen und Juristen Professor Michel Woitrin, einem der Generalsekretäre der Universität. Woitrin beschrieb darin das Dreieckskonzept in folgenden berühmt gewordenen Worten: »Binnen 20 Jahren wird sich das fragliche Dreieck innerhalb Groß-Brüssels befinden... Diese Expansion der Universität Löwen in Form eines Dreiecks muss jetzt in

17 Vgl. G. VAN HOOF, *Leuven-Louvain*, Lier 1966, S. 15–20, 52 und 59–61. Vgl. hierzu auch: W. JONCKHEERE/H. TODTS, *Leuven Vlaams! Splitsingsgeschiedenis van de Katholieke Universiteit Leuven*, Leuven 1979.

18 Vgl. VAN HOOF (wie Anm. 17), S. 37f.

19 Vgl. VAN HOOF (wie Anm. 17), S. 40f.

einen allgemeinen Raumordnungsplan eines künftig sehr großen Brüssel integriert werden.«²⁰ Die Perspektive einer Einschmelzung Löwens in den Großraum Brüssel war freilich eine Horrorvision für jene Flamen, die nicht vergessen hatten, dass noch ein gutes Jahrhundert zuvor Brüssel eine überwiegend flämische Stadt gewesen war, während mittlerweile in der offiziell zweisprachigen Agglomeration die Flamen eine rasch schrumpfende Minderheit bildeten. Vor diesem Hintergrund wurde Woitrins Interviewäußerung als Absichtserklärung aufgefasst, die Stadt Löwen und ihr flämisches Umland für die Frankophonie zu erobern, und zwar mit Hilfe des »imperialistischen Brückenkopfs Louvain«²¹. Entsprechend gewaltig war der Sturm der Entrüstung, den auch Woitrin mit der nachgeschobenen Erklärung, er sei missverstanden worden und habe die gesetzlich garantierte Einsprachigkeit Flanderns keineswegs in Frage stellen wollen, nicht zum Abflauen bringen konnte. Und der sich ein halbes Jahr später zum Orkan steigerte, als die belgischen Bischöfe sich mit der frankophonen Position solidarisierten.

In den 1830er Jahren hatte der junge belgische Staat vier Universitäten gegründet, zwei staatliche in Gent und Lüttich sowie zwei weltanschaulich geprägte, eine liberale in Brüssel und eine katholische in Löwen. Die Organisationsgewalt für die Löwener Hochschule lag also beim belgischen Episkopat. Am 13. Mai 1966 verabschiedete die Bischofskonferenz eine Erklärung, in der sie sich auf den Erhalt der »institutionellen und funktionalen« sowie der »fundamentalen geographischen Einheit« der Universität am Standort Löwen festlegte. Die Gläubigen wurden ermahnt, diese Entscheidung ihrer Oberhirten »anzunehmen«, die Beschäftigten der Universität darauf hingewiesen, dass sie die Ermahnung als »Anordnung« zu verstehen hatten.²²

Was die Erklärung, fast mehr noch der autoritäre Ton, in dem sie gehalten war, auslöste, war nicht weniger als »die flämische Revolution«²³, ein Aufruhr bislang unbekanntes Ausmaßes. In Antwerpen zogen rund 7.000 Oberschüler aus 60 katholischen Instituten durch die Innenstadt und wünschten in Sprechchören den damaligen Primas von Belgien Jozef Kardinal Suenens an den Galgen. Dem Demonstrationszug voran tänzelte ein mit Mitra als Bischof ausgestaffierter Komödiant.²⁴ In Löwen veranstalteten tausende flämischer Studenten an vier Maiabenden hintereinander sogenannte »Spaziergänge« und lieferten der Gendarmerie wilde Straßenschlachten. Von Fahnenmasten hingen Bischofspuppen herab. »Fresst mehr Pfaffen!« und »Raus mit den Geiern in Purpur!«, so schallte es durch die Straßen der Stadt. »In Löwen wurde das Zeitalter der Geusen eingeläutet«, hieß es in einem Manifest der rebellierenden Studenten.²⁵

20 Zitiert nach: VAN HOOF (wie Anm. 17), S. 78.

21 VAN HOOF (wie Anm. 17), S. 32.

22 Der Text der Erklärung ist abgedruckt bei: VAN HOOF (wie Anm. 17), S. 89–99.

23 In diesem Sinne äußert sich: VAN HOOF (wie Anm. 17), S. 87.

24 Vgl. DU ROY (wie Anm. 8), S. 185f.

25 Vgl. L. MARTENS/K. MERCKX, *Dat was 1968*, Berchem 1978, S. 7–9.

»Fresst mehr Pfaffen«: Wann hatte man in Europa solche Parolen zum letzten Mal gehört? Zur Zeit der Französischen Revolution? Die Auseinandersetzung zwischen katholischer Kirche und säkularer Gesellschaft war eigentlich ein Thema des ausgehenden 18. und 19. Jahrhunderts gewesen. Was sich in diesem Frühsommer 1966 in Flandern ereignete, war mit anderen Worten eine um rund 100 Jahre verspätete antiklerikale Revolte. Ihre offenkundige Unzeitgemäßheit illustrierte das Ausmaß des akkumulierten Modernitätsdefizits. Sie ließ zugleich erkennen, in welchem Umfang die politische Destabilisierung Belgiens während der 1960er Jahre das Symptom eines nachholenden gesellschaftlichen Modernisierungsschubs war.

Immerhin war es damals gerade mal ein gutes halbes Jahrzehnt her, dass ein einziges Schreiben des Primas von Belgien und Erzbischofs von Mecheln Kardinal Van Roey genügt hatte, um im Oktober 1960 in der führenden flämischen Tageszeitung *De Standaard* den Abdruck einer Artikelserie über Zustände in flämischen Nonnenklöstern zu stoppen.²⁶

In der hierarchischen Ordnung des traditionellen politischen Systems in Belgien stand der Primas mindestens gleichrangig neben dem König. Dieser Nimbus beruhte auf einer gesellschaftlichen Macht der Kirche in den flämischen Landesteilen, die im damaligen Europa ihresgleichen suchte. Nicht allein der wallonische Gewerkschaftschef André Renard hatte Anlass, sich über »ein klerikales, also konservatives Flandern« zu mokieren. Das Bild eines vom Traditionalismus durchdrungenen »katholischen Flandern« prägte bis weit in die Nachkriegszeit hinein die Außenwahrnehmung nicht zuletzt in Deutschland.

Der wichtigste deutsche Übersetzer flämischer Belletristik in den 1950er und 1960er Jahren, Georg Hermanowski, definierte die »tief-christliche Grundlage des flämischen Volkes« als konstitutiv für dessen Identität und behauptete sogar, die Existenz einer »ethnologischen Grenze« etwa in Höhe der Rhein-Maas-Mündung zwischen dem katholisch dominierten Süden und dem protestantisch dominierten Norden des niederländischen Raumes. Hermanowski tat sich schwer, nicht ausgesprochen katholisch grundierte Werke und Autoren überhaupt der flämischen Literatur zuzurechnen.²⁷ Das Klischee hat die gesellschaftliche Realität lange überdauert. Die Löwener Revolte war die Initialzündung eines Prozesses, der innerhalb eines Vierteljahrhunderts die Realität eines »katholischen Flandern« zum Verschwinden brachte.

In vergleichbarer Weise ging von der Krise um die Löwener Universität der letzte Anstoß zum Zerfall des seit dem 19. Jahrhundert etablierten Parteiensystems aus. Nicht von ungefähr waren davon als erste die Christdemokraten betroffen. Sie konkurrierten in Flandern mit der seit 1954 bestehenden flämisch-nationalen

²⁶ Vgl. G. DURNEZ, *De Standaard. Het levensverhaal van een Vlaamse krant van 1948 tot de VUM*, Tielt 1993, S. 210–214.

²⁷ Vgl. G. HERMANOWSKI, *Die Stimme des schwarzen Löwen. Geschichte des flämischen Romans*, Starnberg 1971, S. 172; ders. *Die moderne flämische Literatur*, Bern/München 1963, S. 7.

Volksunie um die gleiche gesellschaftliche Klientel und standen damit im Laufe der 1960er Jahre – als ihr Stimmenanteil von Wahl zu Wahl erodierte, während die *Volksunie* den ihren im selben Zeitraum mehr als verdreifachte – unter wachsendem Radikalisierungsdruck. Vor diesem Hintergrund geriet die innerparteiliche Integration des flämischen und des frankophonen Flügels immer öfter zu einem prekären Eiertanz.²⁸

Die Bruchlinie lag im Mai 1966 auch im Parlament sichtbar zutage. Nach dem Votum der Bischöfe für den Fortbestand einer zweisprachigen Universität am Standort Löwen lancierte der flämische Christdemokrat Jan Verroken eine Initiative mit dem Ziel, die Sprachgesetzgebung, die das Niederländische in Flandern als Unterrichtssprache für die Schulen vorschrieb, grundsätzlich auch auf Universitäten anzuwenden. Am 28. Juni hatte das Parlament über die Einbringung des Gesetzentwurfs zu beschließen. Erstmals ergab sich dabei die Situation, dass flämische und frankophone Christdemokraten in beiden Kammern geschlossen gegeneinander abstimmten. Dasselbe Bild boten flämische und frankophone Sozialisten. Allein das einheitlich ablehnende Votum der Liberalen brachte den Entwurf zu Fall.²⁹

Im Januar 1968 verabschiedete der Akademische Rat der frankophonen Sektion der Löwener Universität eine Resolution, in der sich ein weiteres Mal die Forderung nach Erhalt der zweisprachigen Hochschule am hergebrachten Standort fand, und ließ damit den Konflikt jäh wiederaufflammen. Erneut trat der Abgeordnete Verroken in Aktion. In einer parlamentarischen Anfrage beehrte er am 6. Februar Auskunft über die Haltung der Regierung zum Löwener Streitfall. Als sich abzeichnete, dass die Antwort den Intentionen des Fragestellers kaum entsprechen würde, erklärten zunächst die flämischen Kabinettsmitglieder und anschließend die gesamte Regierung des Christdemokraten Paul Van den Boeynants ihren Rücktritt.³⁰

Dass die flämischen Christdemokraten nicht davor zurückgeschreckt waren, einen Ministerpräsidenten der eigenen Partei zu Fall zu bringen, besiegelte den Bruch zwischen den beiden Flügeln. Ende April 1969 konstituierte sich die *Christelijke Volkspartij* (CVP) als eigenständige Organisation neben dem frankophonen *Parti Social-Chrétien* (PSC). Ein gemeinsamer Ausschuss der beiden Parteivorstände unter einem nur noch präsidial agierenden »Nationalen Vorsitzenden« repräsentierte bis auf weiteres die verblässende Erinnerung an die gesamtstaatliche Tradition einer belgischen Christdemokratie, doch auch dies nicht mehr länger als einige Jahre.³¹

28 Vgl. DU ROY (wie Anm. 8), S. 69f. und 165. Die flämischen Christdemokraten hätten sich damals von der *Volksunie* mit dem Vorwurf mangelnder flämisch-nationaler Gesinnung regelrecht »terrorisiert« gefühlt, erinnert sich MARTENS (wie Anm. 13), S. 71.

29 Vgl. VAN HOOFF (wie Anm. 17), S. 101–108; DU ROY (wie Anm. 8), S. 187f.

30 Vgl. HUYSE (wie Anm. 7), S. 65; MARTENS (wie Anm. 13), S. 73.

31 Vgl. MARTENS (wie Anm. 13), S. 81, 104, 107 und 110–112.

Schlussbetrachtung

Die frankophone Universität Löwen wurde bis Ende der 1970er Jahre auf den neuen Campus Louvain-la-Neuve südlich der Sprachgrenze umgesiedelt. Das belgische Parlament verabschiedete im Februar 1970 eine Verfassungsnovelle, in der das Prinzip der föderalen Umgestaltung des Landes festgeschrieben war. An den Ausführungsbestimmungen freilich entzündete sich weiterer jahrzehntelanger Streit, der vor allem den Status der offiziell zweisprachigen Hauptstadt sowie der mittlerweile im flämischen Umland wohnenden frankophonen Brüsseler betraf. In diesem zähen Ringen zerlegte sich analog zur Spaltung der Christdemokratie zunächst 1971/72 die Parteiorganisation der Liberalen und schließlich 1978 auch die der Sozialisten.³²

Die langfristige Wirkung lässt sich kaum überschätzen. Dass die Öffentlichkeit im flämischen und im frankophonen Belgien auf identische politische Impulse unterschiedlich reagierte, war zwar ein bereits seit der frühen Nachkriegszeit zu beobachtendes Phänomen. Nun aber verschwanden mit den gesamtstaatlich organisierten Parteien zugleich die strukturellen Voraussetzungen einer über die Sprachgrenze hinweg reichenden politischen Kommunikation. Dass zudem die Adressaten der Politik nun nicht mehr primär auf nationaler, sondern regionaler Ebene zu finden waren, ließ das Denken in gesamtstaatlichen Kategorien obsolet erscheinen. Im Ergebnis spielt sich der politische und gesellschaftliche Diskurs im wesentlichen in zwei separaten Kreisläufen ab, und verläuft die dennoch weiterhin, wenn auch unter Mühen, funktionierende gesamtbelgische Kompromissfindung nach dem Muster zwischenstaatlicher Diplomatie.

»Wir waren die erste Generation, die durch Bildung emanzipiert wurde«³³, schrieb Wilfried Martens, der langjährige belgische Ministerpräsident der 1980er Jahre und spätere Vorsitzende der europäischen Christdemokratie, rückblickend. Ist damit zugleich die Ursache der Desintegration des belgischen Gemeinwesens benannt? Oder war diese ein spätes Ergebnis deutscher Besatzungspolitik, die bereits im Ersten Weltkrieg das Ziel verfolgt hatte, Belgien entlang der Sprachgrenze zu spalten? Die deutsche Niederlage ließ dieses Projekt zwar zunächst obsolet werden, doch es hinterließ in einem radikalisierten Segment der flämischen Bewegung einen antibelgischen Affekt, den es zuvor nicht oder allenfalls in Ansätzen gegeben hatte. Demnach hätten also die Deutschen dem politischen System Belgiens den Keim des Zerfalls in Gestalt des flämischen Nationalismus implantiert.³⁴

32 Siehe hierzu: A. VERHULST/E. WITTE, *Liberale partij*, in: *Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging (NEVB)*, Tiel 1998, S. 1.861–1.887, vor allem S. 1.874f; G. VANSCHOENBEEK/H. DEFOORT, *Socialistische partij*, in: ebd., S. 2.777–2.789, vor allem S. 2.785f.

33 MARTENS (wie Anm. 13), S. 66.

34 Vgl. L. WILS, *Van Clovis tot Happart. De lange weg van de naties in de Lage Landen*, Leuven/Apeldoorn 1992, S. 197. Vgl. hierzu auch »Dat België uiteenvalt is een postume triomf van Hitlers«. *Veto sprak met historicus Lode Wils*, in: *Veto. Studentemweekblad* 23 (1996) 4, S. 16.

Dieser erreichte seinen politischen Zenit in der Zwischenkriegszeit 1939 mit rund 13 Prozent, in der Nachkriegszeit um 1970 mit rund 18 Prozent der flämischen Wählerstimmen. Er war also ein relevanter, aber zu keinem Zeitpunkt dominanter Faktor. Allenfalls wirkte er, wie es die Christdemokraten in den 1960 Jahren erlebten, als Ferment der Radikalisierung auf die etablierten Parteien. Er hätte diese Rolle allerdings nicht spielen können, hätte es nicht einen gesellschaftlichen Resonanzraum gegeben, der über das parteipolitische flämisch-nationale Spektrum hinausreichte.

Die Frage ist also, ob die Transformation Belgiens als Ergebnis externer Einwirkung hinreichend erklärt ist, und welche relevanten internen Faktoren darüber hinaus in Betracht kommen. Zu nennen wäre nicht zuletzt wohl die Sprachgesetzgebung der frühen 1930er Jahre. Seit 1930 bestand in Gent eine einsprachig niederländische Universität, seit 1932 war in den flämischen Landesteilen die Verwaltungssprache allein Niederländisch. Zu Beginn der 1960er Jahre erreichte somit die erste flämische Generation das Erwachsenenalter, die in einem niederländischen Flandern groß geworden war und ein auf allen Ebenen niederländisches Bildungswesen hatte durchlaufen können. Durch die rasante Industrialisierung Flanderns ergaben sich zugleich für diese Generation bislang ungekannte Möglichkeiten sozialer Mobilität. Es entstand eine wohlhabende flämische Mittelschicht, die es so bislang nicht gegeben hatte.

Im Jahr 1949 hatten 53 frankophone Akademiker eine Resolution unterzeichnet, in der sie davor warnten, in Behörden der zentralen Verwaltung die Kenntnis beider Landessprachen vorzuschreiben. Dadurch wären stets die Flamen im Vorteil, »die die praktische Notwendigkeit erfahren, Französisch zu lernen, wenn sie über die Anfangsgründe der Bildung hinaus kommen wollen«. Die belgische Gesetzgebung dürfe »die internationale Höherwertigkeit der französischen Sprache«³⁵ nicht ignorieren. In welchem Maße das Unterordnungsverhältnis der niederländischen gegenüber der französischen Kultur für das alte Belgien konstitutiv gewesen war, hätte sich nicht trefflicher formulieren lassen. Darin mochte sich eine gesellschaftliche Realität abgebildet haben, solange die flämische Bevölkerung größtenteils aus Dialekt sprechenden, wenig bemittelten Kleinbürgern, Bauern und Arbeitern bestand. Mit dem massiven sozialen Wandel der 1950er und 1960er Jahre hatte sich dieser Zustand aber erledigt. So waren es letztlich nicht die flämischen Nationalisten, es war der Prozess der ökonomischen und gesellschaftlichen Modernisierung Flanderns, durch den das alte Belgien aus den Angeln gehoben wurde.